Nr. 86. Donnerstag, 27. März 1919.

Berliner Morgenpost.

Erste Beilage.

Auf der Suche nach Siedlungsland.

Belanglose Forschertouren.

Wenn man jetzt in einem nach Mecklenburg oder Pommern gehenden Zug fährt, kann man in aller Morgenfrühe wahrnehmen, daß viele Mitreisende sich über die Siedlungsfrage unterhalten, vom Zuge aus mit mehr oder weniger Kennerschaft das Land rechts und links der Eisenbahn begutachten und sich gegenseitig auf Gegenden aufmerksam machen, die für diesen Zweck besonders geeignet sein sollen.

Als ich kürzlich nach Stralsund fuhr, brachte sich bereits kurz hinter der Station Gesundbrunnen die allgemeine Unterhaltung in meinem Abteil dritter Klasse um die Siedelungsfrage. Unter den Mitreisenden befanden sich einige, die auf Anzeigen hin eine Forschertour nach Pommern machten. Frauen und Männer hatten kleine Listen von Angeboten, die ihnen der Besichtigung wert schienen. Sie verglichen die angepriesenen Eigenschaften ihrer Objekte in sachkundiger Gehelmhaltung der Orte, machten sich gegenseitig auf Vorzüge und Nachteile aufmerksam, tauschten ihre Ansichten über die Preise aus und waren im ganzen sehr hoffnungsvoll in bezug auf ihre Zukunft auf dem Lande.

Mir kam die Idee, einmal zu untersuchen, ob nun in anderen Klassen des Zuges auf gleiche Interessenten stoßen würde. Und so stieg ich in Prenzlau in die vierte Klasse um. Ich horchte mal hier und mal dorthin, und siehe da, auch unter diesen Fahrgästen fand ich bald Landsucher. Sie waren fast alle auf noch kleinere Objekte aus als ihre Gesinnungsgenossen in der dritten Klasse, aber nicht weniger optimistisch und von Freude auf ihr künftiges Landheim erfüllt. In Beswegl nahm ich einen Zuschlag für die zweite Klasse. Auch hier fand ich Belehrung für meine Reiselust. Nur wurde hier von kleineren und mittleren Gütern gesprochen. Ein Herr war früher schon mal Landwirt gewesen, hatte dann aber dem Drang nach der Großstadt nicht widerstehen können und sich in Berlin eine Stellung gesucht. Jetzt wollte er resolut aufs Land zurück. Es sei ihm ja in Berlin nicht schlecht ergangen, aber man wüßte ja nicht, was infolge der Revolution noch alles kommen könne.

Der Hauptgrund für alle Landsucher war zweifellos die größte Sicherung der Ernährung. Sozialistisch veranlagte Köpfe dachten über ihren Haushaltverbrauch hinaus an Verkäufe zu den jetzigen hohen Preisen, die eine gute Rentabilität versprechen. Verständigere Leute, und sie waren erfreulicherweise in der Mehrheit, meinten, man müsse die Lebensmittelbeschaffung der Großstadt durch Fortzug aufs Land möglichst entlasten, seine Lebenshaltung aber auch möglichst nicht zu einem Preise erstehen, der später, wenn die jetzige Hochkonjunktur vorüber ist, nur schwer rentabel gehalten werden kann.

Die meisten Landsucher waren kleine Gewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter. Erstere und letztere machten kein Hehl daraus, daß sie erst durch ihre guten Einnahmen und Löhne während des Krieges Geld genug hatten sparen können, um jetzt eine Anzahlung machen zu können. Die Handwerker hingegen, von denen die meisten Kriegsteilnehmer gewesen zu sein schienen, gingen fest alle darauf aus, auf dem Lande eine gute Broterwerbstelle durch Kauf oder Miete zu finden, von der sie sich eine bessere Zukunft versprachen als beim Verbleib in Berlin. Für alle war aber nicht zuletzt die Sportsmannsfrage für die Hoffnung ihrer Entschlüsse entscheidend gewesen, auf die sehr wahrscheinlich auch dieser plötzliche Andrang unter den Landsuchern zurückgeführt werden muß. „Nee, det will ick mich nochmal mitmachen," sagte eine ältere Frau, „nich mahr, Willi? — Bei uns is keene einzige Fensterscheibe mehr janz. Wir dachten immerzu, nu kommt uns ze Jrunde uffs Dach." Und so bestätigte sich mal wieder das Sprichwort vom Bösen, das das Gute schafft.

H. W. Draber.

Erwerbslose Großstädter als Landarbeiter.

Eine Konferenz im Berliner Rathaus.

Die Bemühungen des städtischen Arbeitsnachweises, die Berliner Erwerbslosen zur Arbeit auf dem Lande zu veranlassen, sind bisher wenig erfolgreich gewesen. Gestern fand nun im Berliner Rathause eine Aussprache über Mittel und Wege statt, die geeignet sind, zu einer größeren Abwanderung der Arbeitslosen aus Berlin zu führen.

Der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Schmidt, legte dar, daß über die Löhne und Wohnungsverhältnisse auf dem Lande häufig übertriebene schlechte Auskünfte gegeben würden, auf der anderen Seite dürfte aber auch nicht verschwiegen werden, daß der städtische Arbeiter überhaupt eine Abneigung hätte, aufs Land zu gehen. Dabei würde von den städtischen Arbeitern nicht berücksichtigt, daß die Ernährungsverhältnisse gerade für die unteren Volksmassen auf dem Lande weit besser als in der Stadt wären, und daß die verhältnismäßig niedrigen Löhne durch den hohen Wert der Nahrungsmittel ausgeglichen würden. Der Redner empfahl, eine energische Propaganda für die Abwanderung städtischer Arbeiter auf das Land in die Wege zu leiten. Der Direktor der städtischen Güter schlug vor, man sollte versuchen, Landarbeiter durch die Beteiligung am Roherirag der Ernte besonders zu interessieren. Löhne, die dem Einkommen der Arbeiter in den Städten entsprächen, würde die Landwirtschaft ohne sehr erhebliche Verteuerung der Lebensmittel nicht zahlen, und dann wäre auch den Arbeitern gar nicht damit gedient, weil sie bei voller Entschädigung ihrer Leistungen durch dicke ihren Lebensunterhalt selber decken müßten.

Von der Leitung des Berliner Arbeitsnachweises wurde ein Zusammenschluß aller städtischen und ländlichen Arbeitsnachweise empfohlen. Stadtverordneter Max Wurm schlug eine Regelung der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande durch Staat und Reich vor. Von anderer Seite wurde angeregt, Lehrlingskolonien für die Heranbildung tüchtiger Landarbeiter zu bilden. Auf Vorschlag des Stadtrats Seffenbach wurde schließlich eine Kommission gewählt, in der die gemachten Anregungen beraten werden sollen. Zum Vorsitzenden wurde Geh. Rat Dr. Freund gewählt.

Berliner Neuigkeiten

Die Berliner Schutzmannschaft gegen ihren Kommandeur. In einer gestern abend im Stadthause abgehaltenen Versammlung Berliner Schutzleute, die von mehr als 1500 Beamten besucht war, wurde in einer längeren Entschließung erklärt, daß die Schutzmannschaft auch weiterhin treu ihre Pflicht tun will, daß sie aber als Führer einen Mann fordert, der das Vertrauen seiner Beamten genießt. Oberst Fröhlich hat — so heißt es weiter — durch seine Haltung gezeigt, daß er als Führer dieses Vertrauen bei der Schutzmannschaft nicht frage. Es wird deshalb sein Rücktritt gefordert. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die Arbeitszeit in den Banken. Der Deutsche Bankbeamten-Verein hat dem Verband Berliner Bankleitungen und der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers den Antrag übermittelt, die Arbeitsstunden auf die Zeit von 9 bis 4 Uhr, bei verkürzter Frühstückspause, und nicht von 9 bis 5 Uhr, bei einstündiger Pause, wie bisherrichtig, festzulegen. Ferner soll der 1-Uhr-Kassenschluß in den Depositenkassen beibehalten werden, und schließlich ist angeregt worden, sämtliche Bankbüros am Tage vor Ostern wie in den Vorjahren geschlossen zu halten. Wegen des Bankfeiertages ist auch eine Eingabe an den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes gemacht worden.

Zum Umzug. Wir bitten diejenigen umziehenden Abonnenten, die unsere Zeitung durch die Botenfrauen erhalten, uns umgehend die neue Wohnung mitzuteilen, damit die Umleitung der „Berliner Morgenpost" rechtzeitig veranlaßt werden kann. Die Ummeldung hitten wir, mit dem Umzugsdatum versehen, sämtlich zu machen; sie kann bei der Botenfrau, in jeder Ullstein-Filiale oder im Ullsteinhaus direkt abgegeben werden.

Politik in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Dienstag-Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die erst in später Abendstunde ihr Ende nahm, war ganz durch politische Erörterungen ausgefüllt. Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, den Magistrat aufzufordern, bei der Regierung um die Aufhebung des Belagerungszustandes vorstellig zu werden, wurde schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Auf der Tribüne gab es infolgedessen großen Lärm. Mörder und Blutbunde wurde den Stadtverordneten zugerufen. Morgen wollen in der Stadtverordnetenversammlung auch wieder kommunale Angelegenheiten beraten werden. Hoffentlich gibt es bis dahin nicht wieder ein halbes Dutzend politischer Anträge. Sonst wird die Einführung besonderer „parteipolitischer Unterhaltungsabende" im Berliner Stadtparlament notwendig werden.

Dr. Boelscheid Oberbürgermeister-Kandidat. Unabhängige und Mehrheitssozialisten haben sich in Spandau auf den Grundsatz geeinigt, daß die Mehrheitssozialisten die Besetzung des Bürgermeisters und Stadtkämmerers erhalten. Den Unabhängigen ist der Oberbürgermeisterposten, der Dr. Breitscheid angeboten ist, vorbehalten.

Zur Lebensmittelversorgung. Morgen gelangt in Berlin auf die CI und CII Kinderkarten für 4 Tage eine Büchse Kondensmilch zur Ausgabe. Sonntag wird auf die ¼-Liter-Krankenkarten nur ¼ Liter Vollmilch ausgegeben. Montag werden die CI und CII Kinderkarten mit ¼ Liter und ¼-Liter-Krankenkarten mit ½ Liter Vollmilch beliefert.

Die bisher gültige Kundenliste zum Bezuge von Heringen verliert mit dem 31. März ihre Gültigkeit. Neueintragungen in die Kundenlisten haben von morgen bis 3. April zu erfolgen; an diesen Tagen sind die durch Anhang kenntlich gemachten Läden von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 3—7 Uhr nachmittags offen zu halten.

Die Steuern in den östlichen und nördlichen Vororten. Die Gemeinden in den östlichen und nördlichen Umgebung Berlins wollen vom April ab ebenfalls mit 200 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zusammen. Entsprechende Anträge liegen schon von den Gemeindevorständen vor. Die unsicheren Wohnungsverhältnisse aber gerade in diesen Arbeitervorstadtgemeinden liegen, geht daraus hervor, daß sie wesentliche Ausgaben durch Anleihen decken müssen, die in Berlin aus laufenden Mitteln genommen werden. Wollten diese Vororte ihre Jahresrechnungen nach den Grundsätzen abschließen, die im allgemeinen vor dem Kriege Brauch waren, so müßten sie etwa 400 pCt. Gemeinde-Einkommensteuer erheben.

Raubmordversuch in Berlin N.

Eine 62jährige Geschäftsinhaberin lebensgefährlich verletzt.

Die Aufklärung eines Raubmordversuchs im Norden der Stadt beschäftigt die Kriminalpolizei. Im Hause Fehrbelliner Str. 17 betreibt die 62 Jahre alte Witwe Debora Glas ein Tapetengeschäft. Gestern vormittag gegen ½10 Uhr kam eine Frau, um ihr Kartoffeln zu bringen. Sie fand die Geschäftsinhaberin mit schweren Kopfwunden besinnungslos auf dem Fußboden liegen. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um ein schweres Verbrechen handelt.

Frau Glas hat von einem noch unbekannten Täter mit einem Hammer oder einem ähnlichen Werkzeug mehrere heftige Schläge auf den Kopf erhalten, so daß die Schädeln teilweise bloßgelegt wurde. Der Räuber muß angenommen haben, daß er sein Opfer getötet habe. Er raubte dessen Geld aus einer Tasche ihres Unterrocks, warf eine Steppdecke über sie und entfernte sich dann. Die Ueberfallene hat anscheinend später für kurze Zeit das Bewußtsein wiedererlangt und sich aufgerafft, um Hilfe zu suchen. Nach wenigen Schritten ist sie dann im Laden zusammengebrochen. Die Besinnungslose wurde nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht. Man glaubt nicht, daß sie mit dem Leben davonkommen wird. Als mutmaßlicher Täter kommt ein etwa 25jähriger schlanker Mensch in Frage, der das Geschäft Dienstag abend gegen 8 Uhr verlassen hat. Er hatte mit Frau Glas wegen des Verkaufs einer Wohnungseinrichtung verhandelt und bei dieser Gelegenheit erfahren, daß sie eine größere Geldsumme von ihrer Bank abgehoben hatte, um sich ein neues Geschäft zu kaufen. Zur Aufklärung des schweren Verbrechens ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Ueberfall auf eine Druckkommission.

Gestern vormittag drangen ein Zivilist und eine Militärperson in die Räume der 135. Druckkommission im Hause Bochumer Straße 8 ein, bedrohten die anwesenden Beamten mit Schußwaffen und rafften eine große Menge Karten zusammen. Es gelang ihnen, mit ihrer Beute zu entkommen. Gestohlen wurden etwa 900 Zuckerkarten, 200 Kinderfleischkarten, 900 Reichsfleischkarten, 650 Brot-, 900 Lebensmittel-, 800 Speisefett-, 500 Kaffeeersatz-, 100 Seifen-, 600 alte Lebensmittelkarten und 200 Karten für Jugendliche, ferner 700 Eierkarten, 600 Reisbrot-, 400 Gerstenmehl- und 200 Bezugskarten. Der Zivilist ist etwa 45 Jahre alt und war mit dunkelgrauer Joppe, brauner Mütze und Ledergamaschen bekleidet. Der feldgraue Räuber trug das Eiserne Kreuz 1. Klasse und die silberne Verwundeten-Medaille.

•

Im Spandauer Stadtwald Wersteilen gestern fünf bewaffnete Männer in Soldatenuniform das Gehöft des Rehhändlers Berkholz, fesselten und knebelten diesen und nahmen sämtliche Wertsachen an sich. Dann schlachteten die Räuber 11 Schweine und alles Geflügel ab, spannten den Wagen des Besitzers mit dessen beiden Pferden an und fuhren mit ihrer Beute davon.

Keine Regierung
wird die Berliner Stadtanleihe
von 1919 einlösen.
Ihr Kunt in Ruhe zeichnen.

Notstandsarbeiten und Lebensmittelbeschaffung in Wilmersdorf. Die gestrige Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mehr als zwei Stunden lang mit dem Antrag auf Inangriffnahme der wichtigsten Notstandsarbeiten. Der Magistrat hatte für diese eine Summe von 3 Millionen Mark angefordert, was von dem Sprecher der Mehrheitssozialisten, dem Stadtverordneten Beyer, als ein Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet wurde. Es ist besonders der Bau des Krankenhauses, der Badeanstalt und des Versorgungsheimes verlangt. Bürgermeister Dr. Peters gab einen Ueberblick über die bereits in Angriff genommenen Arbeiten. Die Versammlung erklärte sich mit den vom Magistrat vorgeschlagenen Notstandsarbeiten einverstanden und wandte sich dann mehreren Anträgen und einer Anfrage an den Magistrat betreffend das städtische Lebensmittelamt zu. Die Vorgänge im Wilmersdorfer Lebensmittelamt sind von uns ausführlich behandelt worden. Oberbürgermeister Habermann erklärte, daß auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Potsdam an Kommissäre an Ort und Stelle die erforderlichen Feststellungen gemacht hätte. Nach Prüfung der Angelegenheit hätte er Anordnungen in der Organisation des Lebensmittelamts nicht für nötig befunden; ferner hätte der Regierungspräsident verfügt, daß kein Anlaß vorliege, gegen die in Frage kommenden Beamten das Disziplinarverfahren zu eröffnen.

Der Zeuge mit der Brille.

Auf des Messers Schneide.

Von der Zuverlässigkeit der Wahrnehmungen eines einzigen Menschen sollte das Schicksal des Künstners Kurt Früßling abhängen, der gestern unter der Beschuldigung, auf Regierungstruppen geschossen zu haben, vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I stand.

Während der Kämpfe um das Polizeipräsidium am 6. März wurden von der Volksmarinedivision Gewehre an Zivilisten verteilt und diesen bestimmte Plätze zur Abwehr gegen die im Stahlhelm anrennenden Truppen angewiesen. Von einem Fenster seiner in der Alexanderstraße belegenen Wohnung aus beobachtete der Student X. eine Gruppe von Zivilisten, die in der Nähe eines aufgestellten Maschinengewehres standen; es fiel ihm besonders ein junger Mann in feldgrauem Rock, etwas helleren, grauen Tuchhosen und Windjammerjacke auf, der ein Gewehr trug und aus diesem auf die Regierungstruppen feuerte. Am nächsten Tage erblickte der Zeuge an dieser Stelle einen Mann, der nach seiner festen Ueberzeugung der gleiche war, den er am Tage vorher gesehen. Er eilte deshalb auf die Straße und hielt ihn verhaften.

Der Verhaftete war der jetzige Angeklagte, ein unbestrafter Mann aus anständiger Familie, der zum Heeresdienst eingezogen gewesen war und in Lichterfelde wohnt. Er bestreitet mit aller Bestimmtheit, mit dem von dem Zeugen beobachteten Schießenden ihentisch zu sein, und will am 7. März nur in die Gegend des Alexanderplatzes gegangen sein, um zu sehen, wie es dort aussieht. Er sei ganz erheunt gewesen, als er plötzlich so schwer beschuldigt und verhaftet worden sei. Der Zeuge erklärte demgegenüber, daß er sich nicht täusche, sondern den Angeklagten bestimmt wieder erkannt habe; er gab auch eine genaue Beschreibung seiner Kleidung, seines Hutes und seiner Körperhaltung, die allerdings auch zwei andere Personen namhaft, die den betreffenden jungen Mann, ebenso wie er, in dem Angeklagten wiedererkennen würden. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey bestreitet der Zeuge, daß er eine Brille für Weitsichtige trage und seine Beobachtung aus einer Entfernung von etwa 30 Metern gemacht habe. — Der Staatsanwalt hielt bei der bestimmten Aussage des Zeugen die Schuld des Angeklagten für genügend erwiesen und beantragte 6 Jahre Zuchthaus.

Rechtsanwalt Dr. Frey verwies darauf, daß es doch unmöglich sei, einen unbescholtenen Mann auf die Wahrnehmungen zweier, noch dazu behaftet Augen zu 8 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Welche Irrtümer in Sachen des Wiedererkennens vorkommen, sei doch genügend erörtert. Es komme gewiß nicht oft vor, daß sich ein Verteidiger auf Belastungszeugen berufe, er müsse aber doch in diesem Falle auf die Ladung der von dem Zeugen namhaft gemachten beiden Zeugen bestehen, um deren Aussagen zu hören. — Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage und setzte die Fortsetzung der Verhandlung auf Freitag an.

Allerlei vom Tage.

Um dem Mangel an Personenwagen, der durch die Materialschäden an die Existenz herangetreten wird, abzuhelfen, hat sich das Eisenbahnministerium entschieden, geschlossene Güterwagen, wie sie im Kriege vielfach zu Mannschaftszwecken verwendet worden sind, in die Personenzüge einzustellen.

*

General Georg von Bartenberg, geboren am 3. März 1846 zu Treptit, ist gestern in seiner Berliner Wohnung, Wormser Str. 12, gestorben. Er war zuletzt Kommandeur der 86. Infanterie-Brigade in Metz.

*

Für 150 000 Mark Seidenstoffe stahlen Einbrecher aus Bente, die in der Nacht zu gestern die Geschäftsräume der Firma M. Borchardt Nachf., Kronenstraße 22—24, heimsuchten. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes bis zu 10 000 Mark ausgesetzt.

*

In der Nacht zu gestern wurde der 31jährige Mechaniker Emil Hensat, dessen Wohnung nach unbekannt ist, bei einem Einbruch in das Kinotheater Mirnafar, 10 von dem Inhaber Oberfeldt und niedergeschossen. Er starb auf dem Transport nach der Hilfswache.

*

Der Schutzverband stellenloser Kaufleute und Büroangestellter für Berlin und die Provinz Brandenburg, Burgstraße 17, fordert durch einen Aufruf sämtliche stellenlose Kaufleute und Büroangestellte auf, dem Verband beizutreten. Karten erwerben die Stellenlosen außer einer Einschreibegebühr von 50 Pfennig nicht.

BERLINER
JLLUSTRIRTE
Heute neu! Preis 15 Pf.